



## Entwicklungszusammenarbeit in Moldau

### Vom Berufszentrum und der Wasserversorgung

Moldau zählt zu den ärmsten Ländern Europas. Das Bruttonationaleinkommen beträgt 1.600 Euro pro Kopf. Österreich liegt im Vergleich dazu bei etwa 38.500 Euro. Obwohl das BIP nichts über die Verteilung aussagt, ist es ein Anhaltspunkt, um die wirtschaftliche Lage in einem Land einzuschätzen und Armut ist in diesem europäischen Land leider ein alltägliches Thema für viele Menschen.

Moldau ist seit 2004 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Von 2. bis 5. Oktober hatte ich zusammen mit den entwicklungspolitischen SprecherInnen der anderen Parlamentsparteien die Möglichkeit, Moldau zu besuchen. Dabei konnten wir uns ein Bild davon machen, wie die österreichischen Programme wirken.

### Trinkwasser

So besuchten wir das Projekt, mit dem ein Wasserversorgungssystem im Bezirk Nisporeni aufgebaut wurde. Vom Fluss Prut wird Wasser abgeschöpft und auf Trinkwasserqualität aufbereitet. 15.000 Haushalte haben nun Leitungswasser in Trinkwasserqualität zu Hause. Davor waren sie auf schlechtes Grundwasser angewiesen, das teilweise gesundheitsgefährdend

war und mussten Wasser zukaufen. Ich habe das Projekt vor vielen Jahren schon einmal besucht und mir berichteten Frauen damals, dass sie täglich mehrere Stunden mit Wasserholen verbracht haben. Das ist nun vorbei!

### FacharbeiterInnen

Außerdem waren wir bei der Eröffnung des Bauwesen-Berufszentrums in der Nähe der Hauptstadt Chisinau dabei. Das Zentrum wurde von einer lokalen NGO und der österreichischen STRABAG aufgebaut, um BauarbeiterInnen auszubilden.



Bei der Eröffnung des Berufszentrums

Die österreichische EZA unterstützt die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte. Dadurch sollen die jungen Menschen

eine Berufsausbildung bekommen, die ihnen das ökonomische Überleben in Moldau sichert und sie nicht in die Emigration zwingt. Sehr viele Menschen verlassen die Republik Moldau, weil es nicht genug Arbeit im Land gibt. Der österreichische Regisseur Ed Moschitz hat in seinem Film „Mama illegal“ das Massenphänomen porträtiert: Mütter verlassen ihre Heimat und damit auch ihre Familien, um in anderen europäischen Ländern meist als Putzfrauen Geld zu verdienen, das sie nach Hause schicken.

### Steckbrief Moldau:

- Hauptstadt: Chisinau
- Bevölkerung: rund 2,9 Millionen (plus 0,6 Mio im Ausland Lebende)
- Lebenserwartung 69,9 Jahre
- Bevölkerung ohne Zugang zu Leitungswasser: 55,6%
- Bevölkerung ohne Anschluss an die Kanalisation 77,8%
- Partnerland der OEZA seit 2004
- Schwerpunkte: Wasserver- und Abwasserentsorgung, Umweltschutz, Beschäftigung

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter:  
[petra.bayr@spw.at](mailto:petra.bayr@spw.at)

## Agenda 2030 – Systemwechsel oder alles wie gehabt? Nachhaltige Entwicklungsziele ein Jahr nach der Verabschiedung

Vor einem Jahr wurde die Agenda 2030 bei der UN-Generalversammlung verabschiedet. Die Agenda mit dem Motto „Leave no one behind“ – auf Deutsch etwa „Niemanden zurück lassen“, birgt die Möglichkeit in sich, die Welt grundlegend zu verändern, wenn ihre Umsetzung nur ernst genommen wird.

### Von den Entwicklungsländern zum weltweiten Blick

In 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) wird eine Welt ohne Hunger, ohne Armut und Exklusion, ohne Ausbeutung von Natur und Mensch angestrebt. Eine Welt in der verantwortungsvoll produziert und konsumiert wird, eine Welt in der Ungleichheit zwischen den Ländern und in den Ländern im Vergleich zu heute reduziert ist, eine Welt, in der das Leben unter Wasser und an Land nicht bedroht ist.

Historisch gesehen folgen die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) auf die Millennium Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), die für ein besseres Leben der Menschen in den so genannten Entwicklungsländern gestanden sind. Dabei haben sich die SDGs in mehrfacher Hinsicht gegenüber deren Vorgängern, den MDGs weiterentwickelt.

**Erstens:** Während die MDGs fast ausschließlich auf die soziale Entwicklung abzielten, entsprechen die SDGs den drei Aspekten der Nachhaltigkeit: dem ökologischen, dem sozialen und dem ökonomischen Aspekt. Ohne intakte

Umwelt keine soziale Entwicklung und umgekehrt, ohne wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung, deren Gewinne sozial gerecht verteilt werden, keine soziale Entwicklung und vice versa. Dieser Ansatz findet sich in vielen Zielen wieder, so etwa im SDG 2, das das Ende des Hungers anstrebt. Dafür braucht es eine intakte Umwelt, damit in Zusammenarbeit mit ihr nachhaltige Landwirtschaft betrieben werden kann. Um Hunger zu beseitigen, sind aber auch strukturelle Maßnahmen, wie der Abbau von Diskriminierung bestimmter Gruppen, wie Indigener oder Menschen mit Behinderung nötig.

**Zweitens:** Die SDGs gehen auf die Tatsache ein, dass die meisten Menschen unter der Armutslinie nicht in einigen wenigen Ländern zu finden sind, sondern quer über den Globus verstreut leben. So strebt das Ziel 10 die soziale, politische und wirtschaftliche Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnie, Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit an.



Bei einer Veranstaltung zu den SDGs im Parlament

Am Ziel 10 ist auch der zweite große Unterschied zu den MDGs zu erkennen: Die Agenda 2030 ist universell, sie ist ein Zielkatalog für alle Länder der Welt und nicht nur für die so genannten Entwicklungsländer.

Ebenso wie Armut über den Globus verteilt ist und auch in Europa wieder zum Problem wird, sind Herausforderungen wie der Klimaschutz, der Schutz der Meere oder das Schaffen von nachhaltigen Produktions- und Konsummustern keine Hürden, die Staaten im Alleingang nehmen können. Aufgrund dieser Erkenntnis enthält der SDG-Katalog auch Ziele wie das SDG 12, das nachhaltige Produktions- und Konsummuster anstrebt. Darin werden unter anderen auch die Industrieländer zum effizienten Nutzen der natürlichen Ressourcen, zum Halbieren der Lebensmittelverschwendung oder dazu aufgefordert, Subventionen von fossilen Treibstoffen auslaufen zu lassen

### Den Fortschritt messen – weltweit gültige Indikatoren fast fertig

Neu ist im Vergleich zu den MDGs auch, dass die Indikatoren nach sozialen Kategorien wie Geschlecht, Alter, Herkunft und Behinderung gemessen werden. In die Erarbeitung der Indikatoren sind die nationalen Statistikämter, wie die Statistik Austria, eingebunden. Dadurch soll einerseits die Machbarkeit international gültiger und vergleichbarer Indikatoren sichergestellt werden und andererseits auf Bestehendes aufgebaut werden.

## Umsetzung auf österreichisch

Die Bundesregierung hat im Jänner mit einem Ministerratsbeschluss den Startschuss für die österreichische Umsetzung gegeben. Durch Mainstreaming sollen die Ziele erreicht werden. Das heißt, alle Ministerien sind dazu angehalten, in ihre laufenden Aktivitäten die globalen Nachhaltigkeitsziele zu integrieren und Aktionspläne sowie Maßnahmen in Kooperation mit anderen relevanten Akteuren durchzuführen. Es ist weder eine gesamtstaatliche Zusammenschau der Aktivitäten geplant, noch ein umfassender verbindlicher Aktionsplan in Aussicht.

Für das Parlament wird es daher sehr schwer nachzuvollziehen, was die Regierung zum Erreichen der SDGs konkret macht. Ich habe mich lange dafür eingesetzt, dass es zuerst eine Art Kassasturz geben muss, in dem festgestellt wird, wo Österreich in der Erreichung der einzelnen Ziele momentan steht. Danach braucht es eine politische Entscheidung zur Priorisierung (also Antworten auf die Frage, das Erreichen welcher Ziele für Österreich Vorrang hat) wie zur Posterisierung (welche Ziele haben derzeit keine Priorität und sind hintanzustellen?). Daraus würde sich ein Aktionsplan mit Meilensteinen, klaren Verantwortlichkeiten und voraussichtlich einzusetzenden Mitteln ergeben.

Derzeit fehlt in Österreich noch ein starkes Zugpferd, das Öffentlichkeitsarbeit für die Agenda macht und ihr verhilft sich zu materialisieren. Ich hoffe, dass es bald wesentlich mehr Menschen werden, die sich für die globale und nationale Umsetzung der Agenda einsetzen und freue mich sehr auf eine möglichst breite und fruchtbare Vernetzung von allen Interessierten.

## Agenda 2030 Sustainable Development Goals

### Die 17 Ziele für eine nachhaltige Welt im Überblick



1 Jede Form der Armut weltweit beenden



2 Hunger beseitigen Ernährungssicherheit erreichen



3 Gesundheitsversorgung für alle und Wohlergehen verbessern



4 Hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen



5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung



6 Wasser und Sanitätsversorgung für alle



7 Zugang zu nachhaltiger Energie für alle



8 Inklusives Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit



9 Widerstandsfähige Infrastrukturen aufbauen



10 Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern



11 Städte und Siedlungen nachhaltig und sicher machen



12 Konsum- und Produktionsmuster in allen Ländern nachhaltig gestalten



13 Maßnahmen gegen den Klimawandel und dessen Auswirkungen ergreifen



14 Das Leben unter Wasser schützen und nachhaltig nutzen



15 Wälder und Biodiversität schützen, Wüstenbildung bekämpfen



16 Friede, Gerechtigkeit und funktionierende Institutionen



17 Die Umsetzung der Ziele sicherstellen

## Parlamentarische Enquete zu CETA und TTIP am 17.09. Welche Auswirkungen werden CETA und TTIP auf Entwicklungsländer haben?

Am 17. September haben wir im Hohen Haus eine parlamentarische Enquete zu CETA und TTIP abgehalten. Neben ParlamentarierInnen haben auch VertreterInnen der Sozialpartnerschaft, der Wissenschaft und von NGOs teilgenommen. Wenig beleuchtet in der Debatte sind bis jetzt die Auswirkungen auf die so genannten Entwicklungsländer. Dabei gibt es sehr viele gut fundierte Befürchtungen, dass die beiden Abkommen systemisch negativen Einfluss auf den globalen Süden haben werden. Durch die Abkommen könnten etwa die Rechte von indigenen Völkern weiter untergraben statt gestärkt werden. Es wird wahrscheinlich zu einer weiteren Marginalisierung der wirtschaftlichen Peripherie kommen und durch eine Neudefinition des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten wird der Zugang zu Medikamenten für arme Menschen in den Entwicklungsländern noch schwieriger werden.

### Kohärenzgebot

Als EU verpflichtet uns der Artikel 208 des Vertrags von Lissabon zu kohärentem Handeln. Das heißt, keine Politik und keine Verträge, die die EU abschließt, dürfen eine nachhaltige Entwicklungspolitik gefährden. Gleichzeitig hat sich die EU auch zur Umsetzung der Agenda 2030 (siehe dazu vorherigen Artikel) verpflichtet. Das ist ein breites Bündel von Maßnahmen, von Klimaschutz, Umweltschutz, Armutsbekämpfung bis hin zu Chancengleichheit für Völker und für Geschlechter.

Sowohl im Lichte des Kohärenzgebots als auch durch die Verpflichtung, die Agenda 2030 umzusetzen, sind wir angehalten, Maßnahmen zu setzen, die nachteilige Einflüsse auf den globalen Süden kompensieren. Eine konkrete Maßnahme wären Kompensationen für negativ betroffene Länder und Ausnahmen für Produkte, die für den Handel dieser betreffenden Länder beson-

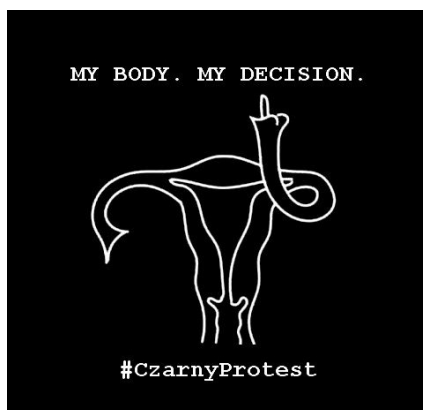
ders wichtig sind. Eine andere Maßnahme wäre auch konkrete Hilfe für die Länder des globalen Südens, um jene Standards zu erreichen, die in den zwei neuen Mega-Handelsräumen gelten werden. Wir dürfen bei allem, was wir als EU verhandeln, bei allem, was wir unterschreiben, nie vergessen, dass wir nicht nur Verantwortung für die BürgerInnen der Europäischen Union



haben, sondern dass wir als Europäische Union auch globale Verantwortung tragen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass es zu einer fairen Verteilung von Wohlstandseffekten kommt. Zu einer fairen Verteilung auf nationaler und globaler Ebene.

## Protest von Frauen zahlt sich aus Absolutes Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in Polen verhindert

Nach effektivem Protest von polnischen Frauen konnte das Totalverbot des Schwangerschaftsabbruches Anfang Oktober verhindert werden. Das Gesetz, das in erster Lesung vom polnischen Parlament noch angenommen worden war, hätte Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen, mit bis zu fünf Jahren Haft bedroht – selbst wenn das Leben der Mutter bedroht ist oder die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung war.



Logo des schwarzen Protests in Polen

Das Totalverbot hätte eine schlimme Menschenrechtsverletzung von Frauen bedeutet. Es führt dazu, dass Frauen bei unsicheren Abtreibungen in irgendwelchen Hinterzimmern sterben – so wie es bei uns auch jahrhundertlang war. Oder sie müssen den Abbruch im Ausland vornehmen lassen, was sich nur Wohlhabende leisten können. Je strenger die Gesetze, desto größer das gesundheitliche Risiko und der psychische Druck für die Frau.